



Mikrokredite: Die Kleinen kommen ganz groß raus

VON DR. INGMAR SCHUMACHER*

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer und größer. Während 1970 das Durchschnittseinkommen im reichsten Fünftel der Erde „nur“ rund 30-mal höher war als im ärmsten Fünftel, hat sich diese Kluft bis 1990 verdoppelt. Nur 15 Jahre später sieht es so aus: Das reichste Fünftel der Erde hat ein Durchschnittseinkommen, das unglaubliche 90-mal das des ärmsten Fünftels ist. Wenn dieser Trend so weitergehen sollte, dann wäre der Einkommensunterschied im Jahre 2020 in der Dimension von 150 zu 1.

Dass die reichen Länder schon länger versuchen, diesem Trend entgegenzuwirken, steht sicherlich außer Frage. Die Art und Weise, wie sie es taten, lässt jedoch einiges zu wünschen übrig. Zum Beispiel die Ausgaben für Entwicklungshilfe: Lagen diese in den sechziger Jahren noch bei rund 4,5 Milliarden Dollar, hat sich diese Summe inzwischen auf 105 Milliarden Dollar gesteigert. Dass die Kluft zwischen Arm und Reich sich trotzdem so drastisch geweitet hat, liegt besonders daran, wie diese Summen zur Verfügung gestellt wurden. Sehr oft wurde Geld für die Entwicklungshilfe einfach den jeweiligen Regierungen in die Hand gedrückt, ohne wirklich zu überprüfen, wofür es verwendet wurde. Ein prominentes Beispiel ist Mobuto Sese Seko, der ehemalige Präsident Zaires. Es wird angenommen, dass, als er starb, er so viel Geld auf Schweizer Konten hatte, dass er damit die gesamten Schulden Zaires hätte bezahlen können. Die Nützlichkeit dieser Art der Entwicklungshilfe wird von Thomas Dichter in seinem kürzlich erschienenen Buch „Despite good intentions“ in etwa so beschrieben: „Die Entwicklungshilfe ist zu einer Industrie geworden, in der die Vorteile mehr und mehr in einem entgegengesetzten Verhältnis zu der Höhe des Spendenaufkommens stehen – ein Fall, wo mehr weniger bedeutet“. Auch aus statistischer Sicht steht die Lage schlecht um diesen Ansatz der Entwicklungshilfe: Es wurde bis jetzt kein statistischer Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Wirtschaftswachstum gefunden, dafür jedoch ein Zusammenhang zwischen Korruption und Entwicklungshilfe.

Die Spenderstaaten haben anscheinend teilweise davon gelernt: Die USA haben zum Beispiel einen

Großteil ihrer Entwicklungshilfe an die Bedingung gebunden, dass die jeweiligen Empfänger nur amerikanische Güter kaufen dürfen. Es ist natürlich nicht erstaunlich, dass auch diese Art der Entwicklungshilfe weniger dazu beigetragen hat, ein Land zu entwickeln, als die Menschen dort abhängig zu machen von der Entwicklungshilfe.

Das Geld der Entwicklungshilfe kam fast nie dort an, wo es wirklich gebraucht wurde: in den Taschen der Armen. Entweder es wurde zwischen korrupten Regierungsbeamten aufgeteilt, oder, wie eine Studie der Weltbank zeigt, in Regionen, wo das Finanzsystem von der Regierung kontrolliert ist (wie z. B. in manchen Regionen Indiens), mussten Schuldner den Regierungsbeamten Bestechungsgelder bis 42 Prozent des Kredites zukommen lassen. Falls das Geld dann doch bei den Bedürftigen ankam, war es oftmals an Konditionen gebunden, gewisse Güter von den Geberstaaten zu kaufen. Schlussendlich, in den Fällen, wo Geld wirklich an einzelne Personen verteilt wurde, wussten viele gar nicht, was sie damit anfangen sollen: Anstatt es in Kühe oder Werkzeuge zu investieren, haben es oftmals die Männer des Haushaltes genommen, um kurzfristigen Konsum zu finanzieren. Als dann das Geld weg war, war das Leben natürlich wieder so wie früher. Ein altes Sprichwort trifft hier den Nagel auf den Kopf: „Gib einem Hungrigen einen Fisch, dann hast du ihn für einen Tag gefüttert. Lehrst du ihn das Fischen, dann hast du ihm Essen fürs ganze Leben gegeben.“

Auf der Suche nach einem besseren Weg, um den Armen konsequenter zu helfen, hat sich vor ca. 35 Jahren ein Mann dieses Sprichwort zu Herzen genommen: Mohammad Yunus. Als amerikanischer Universitätsprofessor gab er Gastvorlesungen an einer Universität in Bangladesch. Während er nach seinen Vorlesungen durch die Armenviertel lief, bemerkte er, dass seine eleganten Theorien dort kaum Nutzen hatten. Er nahm sich deshalb vor herauszufinden, wie er den Menschen dort helfen konnte. Schließlich kam er zu einer Frau, die Stühle aus Bambus machte. Sie verdiente nur zwei Cent pro Tag, weil sie das Geld für Bambus – 20 Cent – zu horrenden Zinsen jedes Mal leihen musste.

Dieses Problem wiederholte sich in vielen der Dörfer Bangladeschs, die er besuchte. Die Menschen dort bekamen kein Geld von normalen Banken, weil sie entweder keine Sicherheiten hatten, oder weil einfach keine lokalen Gesetze bestanden oder eingehalten wurden, die Besitztümer im Falle von Bankrott oder Zahlungsverpflichtungen regelten. Dazu kam die große Unsicherheit von Einkommen auf dem Lande, z. B. Ernteauffälle. Sie mussten deshalb zu Kredithaien gehen, die wiederum sichergingen, dass keiner aus der Schuldenfalle herauskam. Kurzentschlossen gründete Yunus dann 1983 seine eigene Bank: die mittlerweile weltbekannte „Grameen Bank“ (Deutsch: dörfliche Bank).

Mohammad Yunus hatte aus den vielen Fehlinvestitionen der Entwicklungshilfe gelernt. Seine Bank verleiht Geld nur, wenn die Schuldner gewisse Auflagen erfüllen können. Er verlangt keine Sicherheiten, jedoch leiht die Bank nur an Gruppen, die aus mindestens fünf Personen bestehen (genannt Solidaritäts- oder Selbsthilfegruppen). Da die Gruppenmitglieder sich selber kontrollieren und beistehen, haben die Teilnehmer viel weniger Anreiz, das Geld schlecht zu investieren oder sogar einfach damit wegzulaufen. Diese Art der sozialen Kontrolle hat sich als besonders zuverlässig erwiesen. In manchen Jahren hatte die „Grameen Bank“ Rückzahlraten von bis zu 98 Prozent. Verglichen damit sind die Rückzahlraten von traditionellen Banken, die, z. B. in den achtziger Jahren, oftmals bei nur 52 Prozent lagen, eher gering.

Eine eher unausgesprochene, aber andere Auflage ist, dass Kredite bevorzugt an Frauen vergeben werden. Die „Grameen Bank“ z. B. vergibt 97 Prozent ihrer Kredite an Frauen. Die Gründe liegen auf der Hand: Es sind oftmals die Frauen, die sich als die effizienteren Haushalter erweisen. Oftmals investieren sie es in kleine Geschäfte, während Männer das Geld mit Vorliebe für Konsum ausgeben. Diese Bevorzugung in der Kreditvergabe hat natürlich noch einen anderen Vorteil: Sie resultiert in einer stärkeren sozialen Position der Frau, die ihr mehr Recht und Freiheit in Gesellschaften gibt, wo sonst hauptsächlich Männer die Entscheidungen treffen¹.

Die Kredite der „Grameen



Bank“ gibt es jedoch nicht umsonst, ganz im Gegenteil. Es gibt diese zu vier verschiedenen Zinssätzen: 20 Prozent für Kredite, die Einkommen generieren; acht Prozent für Kredite für den Hausbau; fünf Prozent für Kredite an Studenten; und null Prozent für Kredite an in Not geratene Mitglieder (normalerweise Bettler). Die Höhe der Zinsen ist oftmals jedoch durchaus angebracht, schließlich sind die Profitmargen auch viel höher in Entwicklungsländern. Dazu kommen die hohen operativen Kosten: Um die Kredite direkt zu den Hilfsbedürftigen zu bringen, muss man erstmal zu ihnen kommen und die Richtigen finden. Schlussendlich sollten die Zinsen auch mit denen der Kredithäie verglichen werden: In den Philippinen fahren diese mit Motorrädern durch die Städte und Dörfer und rekrutieren neue „Kunden“ - mit jährlichen Zinssätzen von bis zu 1 000 Prozent auf einmonatige Kredite. Ähnliche Probleme gibt es in Indonesien, wo Kredithäie monatliche Zinsen von bis zu 2 000 Prozent verlangen.

Die „Grameen Bank“ vergibt monatlich mittlerweile 60 Millionen Dollar für Kredite an ungefähr 7,27 Millionen Kreditnehmer. Dazu dürfte noch erwähnt werden, dass Schätzungen zufolge der Beitrag der „Grameen Bank“ zum Brutto sozialprodukt von Bangladesch bei 1,3 Prozent liegt. Es ist gerade deshalb verständlich, dass in den letzten Jahren der Ansatz der „Grameen Bank“ in die Welt getragen worden ist. Mittlerweile gibt es eine ganze Industrie, geformt durch sogenannte Mikrofinanzinstitute, die versuchen, Kredite an Arme weltweit zu vermitteln. Während es 1997 ungefähr 620 solcher Mikrofinanzinstitute gab, gibt es heute über 3 100. Die Anzahl der Personen, die Kredite zugestellt bekommen, hat sich in den letzten zehn Jahren verzehnfacht auf 113,3 Millionen Menschen. Das bedeutet, dass ungefähr elf Prozent der Menschen, die von der UN als „extrem arm“ eingestuft sind (unter einem Dollar pro Tag leben), bereits Kredite zur Verfügung gestellt bekommen. Laut Weltbank verfügen die Mikrofinanzinstitute über eine Summe von vier Milliarden Dollar

(Jahr 2006).

Mikrofinanzierung ist ein weltweiter Markt geworden, der am besten mit den Worten Kofi Annans zusammengefasst werden kann: „Mikrofinanzierung ist keine Wohltätigkeit. Es ist ein Weg, um die gleichen Rechte und Leistungen den Niedrigeinkommenshaushalten zur Verfügung zu stellen, wie sie jedem anderen zur Verfügung stehen.“ Die Armen sind dann nicht mehr einfach Konsumenten von Finanzdienstleistungen, sondern gleichberechtigte Partner auf dem Weg zur Selbstständigkeit.

Ein großes Problem der Mikrofinanzinstitute war, genügend Finanzen zu finden, um eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit zu haben. Die meisten können nur ca. 70 Prozent ihrer Kosten decken, die anderen 30 Prozent kommen hauptsächlich von Spendern wie Nichtregierungsorganisationen oder Privatleuten. Schätzungen zufolge bräuchte ein Institut mindestens 20 Millionen Dollar, um eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. Jedoch hat bis jetzt nur ein kleiner Teil diese kritische Grenze erreicht. Gerade aus diesem Grunde haben sich in den letzten Jahren sogenannte Mikrofinanz-Investmentfonds gebildet. Dies sind Fonds die direkt in Mikrofinanzinstitute investieren und so können sie nicht nur das Risiko eines Mikrofinanzinstituts auf eine Vielzahl von Instituten verteilen, sondern sie erlauben auch einem Privatinvestor, gleichzeitig Profit und soziales Engagement zu verbinden.

Weltweit gab es 2005 schätzungsweise 43 Mikrofinanz-Investmentfonds, die ein Mikrofinanzportfolio von ca. 617 Millionen Dollar hatten. Dies entsprach 30 Prozent des gesamten Mikrofinanzmarktes. Hier stellt sich nun direkt die Frage: Wenn ein Privatinvestor sein Profitdenken mit einer ethischen Haltung verbinden möchte, wie sind dann die Spielregeln?

Schritt eins wäre, ein Konto bei der Bank zu haben, in dessen Fonds man investieren möchte. Würde man in einen Fonds einer anderen Bank investieren wollen, würden Depotgebühren sowie Zeichnungsgebühren erhoben werden. Die einzigen beiden Ban-

ken, die diese Art der Fonds im Moment in Luxemburg führen, sind Dexia (Dexia Microcredit Fond) und Credit Suisse (ResponsAbility Global Microfinance Fonds).

Danach müsste man sich für einen Fonds entscheiden. Es gibt solche, die mehr profitorientiert sind und solche, die eine stärkere ethische Orientierung haben. Hier gibt es leider keine eindeutige Transparenz, die einem die Entscheidung erleichtern könnte. Einen Hinweis bekommt man durch die durchschnittliche Höhe der Kredite. Je niedriger die durchschnittliche Kredithöhe, desto ärmer ist die Klientel. Andere Faktoren wären: der Anteil der Frauen, die Kredite beziehen (mehr Frauenanteil bedeutet oftmals bessere Investitionen); Investitionen in Mikrofinanzinstitute, die verschiedene Zinssätze fordern (z. B. für profitorientierte Investitionen oder für Erziehung); die Höhe der Management-Kosten; die Währung, in die der Fonds die Rendite ausgibt, etc.

Ein letztes Problem sind noch die Einstiegs Grenzen: Während man beim ResponsAbility Fonds schon ab 1 000 Euro dabei sein kann, verlangt der Dexia Microcredit Fonds als Minimum 10 000 Euro. Es gibt jedoch andere Fonds, die z.B. einen Teil ihres Geldes in die Mikrofinanz-Investment-Fonds investieren, und keinen Minimumbetrag verlangen (z. B. der Saint Honoré Microfinance Fonds, der mit 16 Prozent am Dexia Microcredit Fonds beteiligt ist).

Im Grunde kann man abschließend sagen, dass in Luxemburg die Möglichkeit existiert, in Mikrocredit-Fonds zu investieren, aber dieses Angebot von den meisten Banken leider noch nicht stark genutzt und vermarktet wird. Dies sollte jedoch einen Investor nicht davon abhalten, zumindest einen Teil seiner Anlagen mit einem ethischen Grundgedanken zu verknüpfen.

¹ Dies hat auch leider schon zu Anschlägen geführt: Islamisten hatten 2005 eine Bombe in einer Filiale der „Grameen Bank“ gezündet als „Demonstration“ gegen die neuen Rechte, die die Frauen von der „Grameen Bank“ zugesprochen bekommen haben.

Der Autor unterrichtet an den Universitäten Luxemburg und Trier